

Erscheint
wöchentlich 2 Mal
Dienstag und Freitag)
Abonnementpreis
vierteljährlich 1 Marl.
Eine einzelne Nummer
kostet 10 Pf.

Insertenannahme
Montags u. Donnerstags
bis Mittag 12 Uhr.

Wochenblatt

für
Wilsdruff, Tharandt,

Rossen, Siebenlehn und die Umgegenden.
Amtsblatt

für die Königl. Amtshauptmannschaft zu Weissen, das Königl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff.
Einundvierzigster Jahrgang.

Erscheint
wöchentlich 2 Mal
(Dienstag und Freitag)
Abonnementpreis
vierteljährlich 1 Marl.
Eine einzelne Nummer
kostet 10 Pf.

Insertenannahme
Montags u. Donnerstags
bis Mittag 12 Uhr.

Nr. 90.

Freitag, den 11. November

1881.

Von der Altersversorgung der Arbeiter.

In der „guten alten Zeit“, die oft übermäßig gelobt und oft unverdient getadelt wird, muß doch insofern etwas wirklich gut gewesen sein, als man von Altersversorgung viel weniger sprach und versprach als heutzutage. Wir wissen zwar, daß das „soziale Riesenprojekt“ so bald nicht zur Ausführung kommen kann, aber daß ein so praktischer Mann, wie unser Reichskanzler, es anregt und womöglich in Angriff nehmen möchte, beweist, daß es wirklich nöthig ist und zwar viel nöthiger als früher. Warum? das wollen wir auch unsterblich beleuchten:

1) Früher sorgten die Menschen selbst viel besser für ihr Alter. Zwar gab es damals noch keine Lebensversicherung und Rentenversicherung und Sparkassen u. s. w. Diese höchst lobenswerthen Einrichtungen der Neuzeit sichern einem kleinen Prozentsatz der deutschen Reichsbürger und zwar mehr dem wohlhabenden als dem mittleren und dem armen Stande ein genügendes Auskommen auch im Alter; wer sich eine Rente kaufen kann oder so viel sparen, daß er ohne Arbeit von Zinsen leben kann, der ist schon wohlhabend zu nennen. Aber Hunderttausende vom Mittelstande, Millionen Arme thun das nicht und können auch nicht in dem Grade, wie es nöthig wäre. Früher aber sparten die Handwerker und die armen Leute sogar. Die Beamten, die man jetzt dem Mittelstande zuweist, galten früher schon als wohlhabend und konnten vielmehr sparen. Nun, was sparten denn unsere Vorfahren? so fragt mich der Leser? Kurz heraus, sie sparten zuerst Liebe, nämlich sie erzogen ihre Kinder nach dem 4. Gebote, so daß sie schon durch die Liebe der Kinder im Alter einigermaßen versorgt waren. Gewiß, viele Ausnahmen gabs auch, aber es ist Thatsache, daß es ehemals viel öfter vorkam, daß die alten Eltern bei den Kindern blieben und Versorgung fanden, wenn diese erwachsen waren und einen eigenen Hausstand hatten. Es kommt heutzutage weit seltener vor, daß die alten Leute sich auf Liebe und Dankbarkeit ihrer Kinder verlassen können, das 4. Gebot wird nicht mehr so geheiligt als sonst. Ferner sorgten die Menschen früher vielmehr für eine ständige Wohnung als jetzt. Die landwirtschaftlichen Arbeiter wußten es gar nicht anders, als daß sie vom Gutsherrn eine ständige Wohnung bekamen und auch in alten Tagen behielten. Denn erfahrene alte Leute sind in der Landwirtschaft immer noch zu brauchen. Als in diesem Jahrhundert die Fabrikthätigkeit im Elsaß sich ausbreitete, da baute man dort auch sofort ständige Arbeiterwohnungen, welche den Arbeitern auch als Altersversorgung dienten. Ferner sparten die Leute früher verhältnismäßig mehr Geld als jetzt. Plöbliche Theuerungen, Arbeitsnoth, Krieg u. s. w. machten zwar viele damals arm, aber auch vorsichtig, ein ordentlicher Sparpennig war fast in jeder Familie des Mittelstandes selbstverständlich und selbst bei Armen, bei Tagelöhnern u. s. w. zu finden, trotzdem daß das Sparen zu jener Zeit nicht durch Sparkassen mit staatlichen Garantien erleichtert war. Wenn nun Jemand fürs Alter Kindesliebe und Dank, Wohnung und Geld hat, da kann man sagen, er ist versorgt, so weit menschliche Sorge reicht.

2) Früher sorgte auch Staat und Kirche schon für Altersversorgung. Die Hospitäler des Mittelalters, die bis zur Neuzeit sich theils aus Kirchen, theils aus Staatsmitteln erhalten haben, sind Zeugniß dafür. Freilich reichen sie nicht mehr aus. Die Bevölkerung hat riesig zugenommen, an gewissen Punkten besonders, in Fabriksstädten, Handelsplätzen, Residenzen, da strömt die Bevölkerung zu in oft überaus rascher Schnelligkeit, aber der Staat hat noch nicht für diese Massen sorgen können, die Militärlasten, das Beamtenthum, die Postanstalten, die Eisenbahnen u. s. w. verschlingen die Steuern, schlimmer wie Siebe. Die Kirche aber hat auch nicht mehr die ausreichenden Hilfsmittel; die katholische zwar hat noch von Alters her viele Stiftungen, aber die Besoldungen des Klerus, der Peterspennig, viele andere Anstalten, kostspielige Bauten u. s. w. kommen eher daran als Hospitäler für alte Leute. Die arme evangelische Kirche aber hat nicht einmal so viel Brod, daß die alten Pfarrer und Pfarrwitwen davon ernährt werden können, es giebt Pensionen von 100–200 Marl. Früher reichten solche Summen aus, jetzt nicht. Daß von dieser Seite keine Hilfe kommen kann, ist klar.

Es ist aber auch klar, daß die Menschen wieder besser müssen sparen lernen. Ihr Eltern, wollt Ihr im Alter versorgt sein, erzieht Eure Kinder wieder zu Liebe und Dankbarkeit, daß sie an nichts eher denken als an das, was sie Euch schulden. Ihr Söhne und Töchter, lernet wieder sparen, verjübelt nicht Eure Wochenlöhne in den Wirthshäusern und Tanzlokalen, verdröckelt Euer Verdientes nicht in eitelm Puz und Tand, lernet Haushalten und lehret Eure Kinder wieder einfach leben, mit den einfachen Lebensmitteln zufrieden sein, sonst müßt Ihr mit ihnen im Alter darben. Der Staat aber sorge dafür, daß die Arbeitsherrn ihren Arbeitern Wohnungen schaffen, wie früher bei der Landwirtschaft oder bei den Fabriken im Elsaß. Wenn nur wenigstens die Wohnung sicher ist, dann wird auch das schädliche Herumziehen der Arbeiter eher aufhören. Dann kann durch Arbeiterparkassen auch noch außerdem für einen Nothpennig im Alter gesorgt werden. Durch eine soziale Revolution wirds nicht besser, sondern dadurch, daß alle Stände an der Altersversorgung arbeiten und dazu beitragen.

(Hdbgh. Dorfjtg.)

Tagesgeschichte.

Ueber die Ansichten und Absichten des Reichskanzlers bezüglich des neuen Reichstags verlautet, daß der Ausfall der Berliner Wahlen ihn, wie er dies bereits in einem durch die Blätter veröffentlichten Telegramm ausgesprochen hat, in der That nicht überrascht habe, um so unerwarteter kam ihm dagegen das seinen bekannnten Projekten zuwiderlaufende Gesammtergebniß der Wahlen im Reich. Troßdem ihn dasselbe, wie begreiflich, äußerst unangenehm berührt hat, denkt er, wie das „N. Journ.“ behauptet, dennoch nicht daran, den neuen Reichstag alsbald aufzulösen. „Vielmehr ist Bismarck fest entschlossen, den ernstlichen Versuch zu machen, so lange als möglich mit dem neuen Reichstage zu regieren. Er wird demselben zunächst nur die wichtigsten Vorlagen, vor allem den Reichshaushaltsetat und vielleicht den Entwurf über den Bau eines Reichstagsgebäudes, zugehen lassen und ihn alsdann gegen Weihnachten oder in der ersten Hälfte des Monats Januar vertagen, um dem preussischen Landtage Raum zu schaffen. Im preussischen Landtage dürfte voraussichtlich zugleich das weitere Schicksal des deutschen Reichstages entschieden werden. Hier wird nämlich der kirchenpolitische Ausgleich in Gestalt von konkreten Gesetzentwürfen zur Verhandlung gelangen, und hierbei wird es sich zeigen, ob die Regierung überhaupt im Stande ist, mit ihren Konzeptionen die Centrumspartei für sich zu gewinnen. Ist dies der Fall, dann ist Fürst Bismarck schon heute entschlossen, mit Hilfe einer konservativ-keritralen Koalition seine sozialpolitischen Pläne durchzuführen. Im anderen Falle würde eine Stagnation in der inneren deutschen Entwicklung eintreten, und es würden nur die wichtigsten, unentbehrlichen Arbeiten den Reichstag beschäftigen. Dann erst würde Fürst Bismarck den ihm geeignet erscheinenden Augenblick benutzen, den Reichstag aufzulösen und noch einmal an das deutsche Volk appelliren.“

In vielen Kreisen ist man nicht recht einverstanden mit der so außerordentlich beschleunigten Einberufung des Reichstags schon auf den 17. d. M., also den dritten Tag nach den letzten Stichwahlen, noch ehe das Resultat derselben unter Umständen offiziell bekannt gemacht sein kann. Die näheren Modalitäten über Eröffnung des Reichstages sind noch nicht festgesetzt; es heißt, daß der Kaiser die Absicht habe, den neuen Reichstag persönlich zu eröffnen und der Fürst Bismarck der Eröffnung in Person beiwohnen wolle. Ob und wie weit dies geschehen wird läßt sich zur Zeit noch nicht absehen; falls weder der Kaiser noch der Fürst Bismarck anwesend sein würde, möchte die Eröffnung durch den Staatssekretär von Bötticher erfolgen. Der frühzeitige Eröffnungstermin des Reichstages ist auf die Wünsche des Finanzministers zurückzuführen, welcher sogar schon am 15. huj. die Eröffnung beantragt hatte.

Wenn in verschiedenen Blättern behauptet wird, daß der Ausfall der Wahlen bereits einen merklichen Einfluß auf die von der Regierung beabsichtigten Vorlagen für den Reichstag gehabt hätte, so ist dies nach der „Magdeb. Ztg.“ vollständig irthümlich. „Es ist nach diesem Blatt keineswegs ein Stillstand bezüglich der Vorarbeiten eingetreten, und der Umstand, daß weder das Tabakmonopol, noch die Altersversorgung bereits greifbare Gestalt gewonnen habe, hängt mit den Wahlen gar nicht zusammen. Alle diese Dinge wären sehr wohl bis zur Frühjahrssession fertig zu stellen. Ob es nun die Regierung überhaupt zu einer solchen kommen lassen oder den Reichstag zuvor auflösen möchte, ist eine Frage, über deren Lösung man an maßgebender Stelle jedenfalls sich noch in keiner Weise schlüssig gemacht hat. Jedenfalls wird man zunächst die Entwicklung der Dinge abwarten wollen.“

Berlin, 8. November. Die „Post“ enthält einen Aufsehen machenden Artikel, welcher sagt, Bismarck beabsichtige im Laufe dieser Woche zurückzukehren und dem Kaiser angesichts der Wahlergebnisse über die zukünftige Gestaltung der Regierung Vortrag zu halten. Wie genanntes Blatt hört, äußerte der Kanzler, er sei müde, das Stichblatt für alle Bosheit, Niederträchtigkeit, Verleumdung und neidische Verdächtigung zu sein, welche die Bevölkerung von 45 Millionen ablagere. Am Schlusse des Artikels heißt es: Nach den Grundsätzen des Parlamentarismus würde die Majorität die Nachfolge des Kanzlers übernehmen müssen, in dessen der Fortschritt und das Centrum könnten wohl gemeinsam opponiren, aber nicht gemeinsam regieren: Bei der Unmöglichkeit, Preußen monarchisch und dennoch nach den Grundsätzen der Fortschrittspartei zu regieren, könne der Nachfolger des Kanzlers bei der Wahl zwischen Centrum und Fortschrittspartei nur zu Gunsten des Centrums und dessen Bestrebens optiren und unter Mitwirkung der katholischen Partei eine regierungsfähige Majorität bilden. Der langjährige Kampf Bismarcks mit dem Centrum lasse hierzu andere an den Kämpfen unbetheiligte Personen geeigneter erscheinen, als Bismarck, der jeden Kampf, gestützt auf die frühere große nationalliberale Partei, glaubte führen zu können, ihn aber aufgeben mußte, als ihn nach den mißlichen Verhandlungen mit Bismarck die liberale Partei im Stiche ließ. Nachdem dieselbe die Führung an das radikalere Element verloren, ist der Weg, welcher der Regierung bis 1877 vorschwebte, ungangbar geworden; für die neuen Wege dürfte die Verantwortlichkeit besser an einen Staatsmann übergehen, welcher die Antecedentien des Reichskanzlers nicht hat.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ sagt: Bei Einführung des Tabakmonopols soll der Tabak, namentlich geringere Sorten, nicht theurer